



Aargauische Industrie- und
Handelskammer

Entfelderstrasse 11, Postfach
CH-5001 Aarau

Medienmitteilung

Ort, Datum

Aarau, 6. April 2009

F:\23_MEDIENMITTELUNGEN\2009\Bildungskleeblatt 2009-04-06.docx

Ansprechperson

Peter Lüscher

Telefon direkt

062 837 18 01

E-Mail

peter.luescher@aihk.ch

Volksabstimmung vom 17. Mai 2009:

Überladene und zu teure Reform - AIHK lehnt das «Bildungskleeblatt» ab

Der Vorstand der Aargauischen Industrie- und Handelskammer (AIHK) hat nach intensiver Diskussion beschlossen, das aus seiner Sicht überladene und undurchsichtige Reformpaket «Bildungskleeblatt» abzulehnen. Die AIHK empfiehlt deshalb zur Verfassungsänderung und zu den vier Schulgesetzänderungen ein Nein. Die notwendigen Verbesserungen unseres Schulsystems sollen rasch und in verkraftbaren Etappen neu aufgegleist werden. Unser neuer Bildungsdirektor erhält so die Chance, eine verbesserte Vorlage zu präsentieren.

Die Bedeutung einer guten Ausbildung nimmt stetig zu. Die Wirtschaft ist auf hochqualifizierte Mitarbeitende angewiesen. Die Volksschule muss ein solides Fundament legen, damit Jugendliche eine Berufslehre bzw. ein Gymnasium erfolgreich absolvieren können. Das aargauische Schulsystem vermag heute diesem Anspruch trotz des grossen und wertvollen Engagements der Lehrpersonen nicht mehr in allen Teilen zu genügen. Die AIHK erwartet deshalb von einer Bildungsreform in erster Linie die Verbesserung der «Output-Qualität». Weder mit der vorgeschlagenen Strukturreform noch mit der Festschreibung der flächendeckenden integrativen Schulung wird diese notwendige Qualitätssteigerung erreicht.

Das aargauische Schulsystem darf nicht zur Insellösung werden. Wir unterstützen gesamtschweizerische Harmonisierungsbestrebungen für die Volksschule. Der Aargau hat hier Reformbedarf. Die vorgeschlagenen Reformen gehen aber deutlich weiter als notwendig. Mit verschiedenen der neuen Lösungen - etwa der Dreigliedrigkeit plus Niveauunterricht - würden innerhalb des Bildungsraums Nordwestschweiz bereits wieder neue aargauische Sonderlösungen geschaffen.

Die Einführung von bedarfsgerechten Tagesstrukturen ist aus Sicht der Wirtschaft zu begrüßen. Es dürfen aber keine perfektionistischen Modelle mit übertriebenen Anforderungen an die Betreuungspersonen vorgegeben werden. Die Finanzierung dieser Angebote muss in erster Linie durch die Nutzerinnen und Nutzer der Angebote, also verursachergerecht, erfolgen. Auch der neue Ansatz zur Ressourcensteuerung ist zu begrüßen, ein Sozialindex zur Berücksichtigung unterschiedlicher Anforderungen an die Schule ist zweckmässig. Diese beiden Kleeblätter gehen aber in der konkreten Ausgestaltung zu weit und werden damit zu teuer.

Aus Sicht der AIHK ist das Kosten-Nutzen-Verhältnis der ganzen Vorlage nicht genügend bzw. gar nicht überprüfbar. Die Gesamtkosten (für den Kanton) steigen zwar «nur» auf 105 Prozent des Referenzaufwands, aber nur weil gleichzeitig wegen des Geburtenrückgangs die Schülerzahl markant sinkt. Pro Schülerin bzw. Schüler erhöhen sich dagegen die Kosten um mindestens 20 Prozent, bei Einbezug aller Kosten wohl noch wesentlich mehr. Die Finanzierbarkeit des «Bildungskleeblatts» ist damit bei auch nur leicht ansteigenden Schülerzahlen nicht mehr gewährleistet.